



Antrag

der Fraktion der FDP

Haushaltssperre vom 15. Mai 2001

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 13. Tagung über die Ursachen und Auswirkungen der am 15. Mai verhängten Haushaltssperre zu berichten.

Der Bericht soll insbesondere folgende Fragen beantworten:

- Seit wann war es aus Sicht der Landesregierung erkennbar, dass die erwarteten Steuereinnahmen im Vergleich zur Schätzung vom November 2000 signifikant sinken würden?
- Wurden in der Steuerschätzung vom November 2000 die Auswirkungen der Steuerreform berücksichtigt?

Wenn nein, warum nicht und warum hat die Landesregierung die absehbaren Einnahmeausfälle im Sinne einer vorausschauenden, nachhaltigen Finanzpolitik nicht in ihren eigenen Planungen für den Haushalt 2001 berücksichtigt?

- Wie hoch ist der Anteil der Einnahmeausfälle, der durch niedrigere tatsächliche und erwartete Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes verursacht wird?
- Warum hat die Landesregierung nicht schon bei der Senkung der Wachstumserwartungen durch die Bundesregierung im Sinne einer vorausschauenden, nachhaltigen Finanzpolitik mit vorsorglichen Maßnahmen (z.B. einer Haushalts-

sperre) reagiert?

- Wie wirkt sich die Haushaltssperre auf die Freigabe von bisher nicht endgültig genehmigten EU-Mitteln für das Programm „ziel- Zukunft im eigenen Land“ aus?
- Wie wirkt sich die Haushaltssperre auf die Durchführung geplanter Investitionen und Fördermaßnahmen des Landes aus, insbesondere:
 - Welche größeren Investitionsprojekte des Landes werden durch die Haushaltssperre beeinträchtigt?
 - Welche Kosten entstehen durch Verzögerung beim Beginn von Investitionsvorhaben?
 - Welche investiven Förderprojekte werden durch die Haushaltssperre berührt?
 - Welche Kosten entstehen durch Verzögerungen bei geplanten Förderprojekten des Landes?
 - Wie wirkt sich die Haushaltssperre auf die Durchführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen von ASH 2000 aus?
- Beabsichtigt die Landesregierung, die Haushaltssperre über den 16. Juli hinaus bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes fortzusetzen?

Wolfgang Kubicki
und Fraktion